

# Dresdener Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden  
Koblen & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verkaufspreis: 5 Pf. Staatsbank, Dresden.  
Kauf der Arbeiter, Anzeigler  
und Beamten, K.-G., Dresden.  
Gebrüder Henrich, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen hinsichtlich des Preises ist durch eine Einfuhr höherer Gebühren, bei der Beizahlung der Dresdener Volkszeitung ist ein Anschlag auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachzahlung der Zeitung.

Bezugspreis mit der amtlichen Unterhaltungsgebühr 1,50 M., wofür die Zeitung 12 Monate geliefert wird. Einmalige Anzeigler 1,50 M., wofür die Zeitung 12 Monate geliefert wird. Einmalige Anzeigler 1,50 M., wofür die Zeitung 12 Monate geliefert wird.

Schriftleitung: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 5331. Druck- und Verlagsanstalt: Westerntor 10, Fernsprecher Nr. 5331 und 1271. Drucktag: von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Druckpreis: die 1000 mal 10 mm große Zeile 1,50 M., die 1000 mal 10 mm große Zeile 1,50 M., die 1000 mal 10 mm große Zeile 1,50 M.

Nr. 281

Dresden, Donnerstag, den 3. Dezember 1931

42. Jahrgang

## Knecht bleibe Knecht!

### Nazis Wirtschaftsprogramm: Gegen Sozialisierung, gegen Sozialpolitik, für Ausbeutungsfreiheit!

Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm schillert bekanntlich in allen Farben. Nur wenn ein Hitler-Paladin darüber vor Unternehmern redet, fallen die Schleiern. Kürzlich hat wieder ein Vertreter diese Schleier gelüftet: Am 7. November 1931 fand eine „Wirtschaftspolitische Sonderkonferenz für führende Persönlichkeiten der Wirtschaft“ in Düsseldorf statt. Dort hielt im Auftrag der Reichsleitung der Hitler-Partei der Hauptmann Dr. Otto Wagener eine Rede über „Nationalsozialistische Produktionspolitik und Wirtschaftspolitik“. Nach dem jetzt vorliegenden Stenogramm soll es im nationalsozialistischen Zukunftsstaat folgendermaßen aussehen:

Zuerst trat der Hitler-Gesandte Dr. Wagener dem Vorwurf entgegen, als ob die Hakenkreuzler eigentumsfeindlich seien. Gleich danach wird auch die Behauptung zurückgewiesen, daß die Nationalsozialisten Sozialisten seien. „Unser Sozialismus kann von jedem einzelnen Wirtschaftler angenommen und beachtet werden“, ruft er den Industriellen und Bankkapitalisten zu, die zu seinen Zuhörern gehören. Und er ergänzt den nationalsozialistischen Begriff des Sozialismus durch die Behauptung, daß wir jetzt in einer Zwangswirtschaft des Parlamentarismus, der Herrschaft der Masse und damit der Dummheit leben. Im „Dritten Reich“ wird das anders sein: „Die Masse kann nicht regieren, regieren kann nur ein Führer, eine verantwortliche Persönlichkeit.“

Um aber ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß der Begriff des Sozialismus im Firmenbild der Hakenkreuzler nicht ernst zu nehmen ist, betont Herr Dr. Wagener:

„Diese Gedankengänge sind nicht etwa — diesen Einwänden möchte ich von vornherein widerlegen — Sozialisierungsbestrebungen. Sozialisierung ist kollektivistische Verwaltung unter Ausschaltung des bisherigen Besitzes. Wir aber denken gar nicht daran, den bisherigen Besitz auszuspalten. ... Unser Staat wird so hoch über der Wirtschaft stehen, daß er selbst niemals als Teilhaber in Frage kommt.“

Die Stellung des Kapitalisten ist also auch im „Dritten Reich“ gesichert. Wie aber ist es mit der Stellung des Arbeiters? Auch darauf gibt Wagener eine offene Antwort. Die Nationalsozialisten wollen die Arbeitsdienstpflicht einführen, vor allem deshalb, „um unserer Jugend zunächst wieder einmal beizubringen, daß es noch ein Oben und ein Unten gibt“. Auch wir sind der Meinung, daß Jugendführung braucht, aber was die Nazis wollen, ist Strammziehen und Knabenbergehörigkeit. Der Arbeiter soll keine Möglichkeit haben, an der Verbesserung seiner Lebenshaltung mitzuwirken.

### „Wie Nationalsozialisten sind keineswegs Anhänger des heutigen Tarifsystems“

folgte der Beauftragte der Reichsleitung der NSDAP. Unter dem Hakenkreuz soll lediglich die untere Grenze des Lohnes festgelegt werden, und wenn man sich daran erinnert, daß noch vor wenigen Wochen ein anderer Reichsbeauftragter in einer jährlichen Versammlung den Unternehmern erklärt hat, daß eine nationalsozialistische Regierung die Lebenshaltung der Bevölkerung noch weit mehr herabschrauben würde, als es bisher schon der Fall ist, so kann man sich ungefähr eine Vorstellung davon machen, wie das Existenzminimum aussehen wird, nach dem die untere Lohngrenze im „Dritten Reich“ festgelegt werden soll. Was aber darüber hinaus geht: Zuschläge für Arbeiter, Affordable, Urlaubsbestimmungen und so fort, darauf haben die Arbeitnehmer nicht den geringsten Einfluß. Ausdrücklich betonte Herr Dr. Wagener in seiner Düsseldorf-Rede:

### „Alles andere soll aber im Betriebe vereinbart werden. Künftig werden die Betriebsräte mit den Unternehmern beraten. Entscheiden muß natürlich stets der Unternehmer.“

Die Nationalsozialisten sind auch grundsätzliche Gegner des heutigen Systems der Sozialversicherung, weil es „geradezu zur Ausnutzung der Versicherung anreizt“. Das Krankenversicherungsgesetz sei zu einem Krankenversicherungswesen geworden, die Arbeitslosenversicherung müßte wesentlich verschlechtert, die Unfallversicherung eingeschränkt werden. Wie es überhaupt der Sozialgesetzgebung im „Dritten Reich“ ergehen soll, das erfahren wir bei den Beratungen über die

künftige Gestaltung des Staatshaushalts. Wagener berechnet das Gesamtbudget mit 25 Milliarden Mark, während es in Wirklichkeit, Reich, Länder und Gemeinden zusammen gerechnet, etwa 30 Milliarden Mark beträgt. Daran wollen die Nationalsozialisten „erhebliche Abstriche“, mindestens acht bis zehn Milliarden Mark“, vornehmen. Steht man von den Ausgaben für Reichswehr und Marine ab, die die Hakenkreuzler noch beträchtlich erhöhen wollen, so stehen sich Abstriche in solchem Ausmaß nur dann vornehmend, wenn man die ganze Sozialversicherung, die Versorgung der Kriegsgenossen und die soziale Fürsorge aus dem Haushalt befreit. Das ist auch das Ziel der Nationalsozialisten, denn unter den Tausenden von Beamten, in denen sie „aufzuräumen“ wollen, nennt Wagener an erster Stelle die Arbeitsämter und die Wohnungsämter.

Zurück zum feudalistischen Standesamt! Im „Dritten Reich“ wird es keine Gewerkschaften mehr geben, keinen Tarifvertrag, keine Sozialversicherung. Das Kapital macht die Gesetze, die SA. sorgen für ihre Durchführung, wer nicht damit einverstanden ist, der wird nach Vorheimer Rezept niedergeknallt oder am nächsten Baum aufgehängt. Der Kapitalist wird nicht nur „Herr im Hause“, er wird auch Herr über den Staat sein. Wagener erklärt mit Roddekuh:

### „daß auch dann wieder nur die über das Budget beschließen, die es wirklich zahlen. Heute ist es ja umgekehrt.“

So haben es die ostelbischen Junker und die westdeutschen Schwerindustriellen vor dem Kriege auch gesagt, als sie das elende Dreiflassenwahlrecht und das mittelalterliche Herrenhaus verteidigten. Ihren Grundgedanken haben sich jetzt die Hakenkreuzler zu eigen gemacht: Nur das gefüllte Portemonnaie darf im Staat bestimmen, die Arbeiter aber haben zu kucken!

Das ist das Wirtschaftsprogramm der Nazis. Man versteht nun, warum das Großkapital und der Großgrundbesitz sich ein gehöriges Stück Geld kosten lassen, damit die Hakenkreuzler zur Macht kommen.

## Anflarheit über Notverordnung

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Schon am 2. und noch drei Tage vor dem Termin trennen, an dem die neue Notverordnung fertiggestellt sein soll, deckt über ihren Inhalt selbst innerhalb der Reichsregierung noch keine konkrete Vorstellung. Daß diese Notverordnung auch nicht im entferntesten Rücksicht auf ein Wirtschaftsprüfungsgesetz hat, daß man jede andere Idee als die einer weiteren Einschränkung der Wirtschaft vergeblich in ihr suchen wird, ist als absolut sicher anzunehmen.

In einem Teil der Presse wird neuerdings behauptet, daß die Regierung ihre ursprüngliche Absicht, die Maßnahmen zur Preislenkung und zur Lohn- und Gehaltslenkung gleichzeitig in Kraft zu setzen, aufgegeben habe. Man wolle zuerst die Preise senken, das Ergebnis dieser behördlichen Aktion abwarten und dann die Lohn- und Gehaltslenkung vornehmen. Diese Behauptung ist offenbar falsch. Noch nie vor beharrt die Regierung auf der Absicht, Löhne und Preise als eine unteilbare Einheit anzusehen und die Maßnahmen an ihrer Senkung gleichzeitig anzuordnen. Strittig ist nur die Frage, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln die Lohnlenkung für die private Wirtschaft durchgeführt werden soll. Allem Anschein nach will man durch die Notverordnung die „Aufsicherung“ der Tarifverträge vornehmen, dann aber die tatsächliche Durchführung einer weiteren allgemeinen

### Senkung der Löhne und einer elastischeren Gestaltung des gesamten Tarifwesens durch behördliche Einordnung an die Schlichter er-zwingen.

Welchen Weg die Regierung wirklich geht, ist nicht entscheidend. Entscheidend ist ihre Absicht, eine weitere Lohnsenkung vorzunehmen, noch bevor schließlich, es eine Preislenkung erfolgt, geschweige denn, bevor diese Preislenkung eingetreten ist.

Bei der Preislenkung steht es fest — es die Regierung allerdings auf diese Idee stolz sein kann, ist eine andere Frage —: sie wird beginnen mit der Einföhrung einer neuen Weibörde, einem Reichskommissar für die Preislenkung. Man nennt auch bereits den Mann dafür. Es ist der Wagnararier und ehemalige Kriegsernährungsminister Watzek, ein alter Mann, der schon in der Kriegszeit seiner Aufgabe nicht schlecht und recht nachzukommen vermochte und von dem man nicht weiß, auf Grund welcher besonderen Eigenschaften er zur Lösung dieser neuen Aufgabe herangezogen wird.

## Nazi-Revolverblatt

### nimmt Schmiergelder von einer Staatsbank

Braunschweig, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Der Herausgeber eines nationalsozialistischen Revolverblattes in Helmstedt hatte kürzlich behauptet, daß ihm vom Präsidenten der Braunschweigischen Staatsbank ein billiger Kredit in Höhe von 5000 M. angeboten worden sei. Als Gegenleistung sei die Unterlassung von Angriffen auf die Staatsbank verlangt worden, worauf 1200 M. gleich ausgezahlt worden seien. Der Helmstedter Zeitungsherausgeber brüstete sich damit, das Geld tatsächlich empfangen, es aber wohlwolligen Zwecken zugewandt zu haben, um so „Beweise gegen die Staatsbank zu bekommen“.

In einer Erklärung gibt die Staatsbank diese aufsehenerregenden Behauptungen im wesentlichen zu. Sie befreit zwar, „Schmiergelder“ angeboten zu haben“, aber es wird nicht in Abrede gestellt, daß mit dem Staatsbankblatt wegen verschiedener Angriffe ein Anferatenabkommen geschlossen wurde. Dies sei auf Anraten der Geschäftswelt geschlossen, um die „Beruhigung im Geschäftsfrieden zu vermeiden“. 1200 M. seien von der Staatsbank als Vorzahlung gezahlt worden. Der Empfänger hätte sich schriftlich verpflichtet, keine weiteren Behauptungen zu bringen. Nunmehr sei die Staatsbank mit der Verfolgung der Angelegenheit betraut worden.

Es ist mehr als ungewöhnlich, daß eine Staatsbank sich zu derartigen Subventionen gegenüber einem Revolverblatt versteht.

## Finanzministerkonferenz in Berlin

Berlin, 2. Dezember. Die seit einiger Zeit in Aussicht genommene Konferenz der Finanzminister der Länder findet nunmehr heute, Donnerstag, vormittags 9.30 Uhr, in Berlin im Reichsfinanzministerium statt.

## Dr. Schacht verunglückt

Am Mittwoch mittag erlitt der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der sich auf einer Fahrt von Berlin nach Rostock befand, am Ausgang des Dorfes Rinf bei Waren (Mecklenburg) einen Autounfall. Der Wagen überfuhr sich infolge Glatteises. Schacht erlitt zwei Rippenbrüche und Hautabschürfungen an Händen und Rücken. Außerdem trug er einen Verrenkschlag davon. Er wurde ins Krankenhaus Waren übergeführt.

Jede fühlbare Entlastung der Kosten der Lebenshaltung ist von einer Senkung der Mieten und der Gebühren für Gas, Wasser und Elektrizität sowie der öffentlichen Tarife abhängig.

### Keine Mietenkung

Eine allgemeine Senkung der Mieten ist nicht beabsichtigt. Eine Mietenkung nur um 10 Prozent entspricht einem Betrage von mindestens 400 000 000 M., deren Zuführung man den Hausbesitzern nicht zumuten will und die die öffentlichen Finanzen nicht entlasten können. So denkt man lediglich an eine Senkung der Neubausmieten. Länder und Gemeinden sollen auf die Preislenkung und Tilgung der Hausdarlehen verzichten. 150 Millionen Mark sollen aus der Hausdarlehenssteuer bereitgestellt werden. Davon sollen 100 Millionen Mark als Zinszuschüsse für die Senkung besonders hoher Neubausmieten verwendet werden und 50 Millionen Mark als Zinszuschüsse für arbeitslose Mieter in Neubauswohnungen. Reber die Deckung der dadurch entstehenden Verluste in Ländern und Gemeinden läßt man sich in Schmeigeln.

Die angekündigte Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1,7 aber 2 Prozent wird von den Unternehmern hart angefaßt. Die westdeutsche Industrie hat sich in einem geharnischten Protest gegen alle Steuererhöhungen ausgesprochen, insbesondere gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer, weil sie die Preislenkung gefährde. Man verlangt aber die Erhöhung einer besonderen Umsatzsteuer von der Einfuhr, also eine neue Belastung der Einfuhr durch einen zufälligen Fall, der durch Preislenkung der Einfuhr und durch Erhöhung der Belastung ebenfalls Preissteigerungen im Inland hervorruft.

Die bereits angekündigte neue Bestimmung der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit dem Reichstagsführer Dr. Brüning ist auf Donnerstag festgesetzt worden. In dieser Bestimmung werden die beiden wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie: Verzicht auf weitere Lohn- und Gehaltslenkung und die aktive Wehr des Staates gegen die kapitalistischen Gefahren den Hauptgegenstand bilden.

Herr Brüning will offenbar nicht sehen, um was es eigentlich geht. Immer noch wird davon geredet, daß Löhne und Preise gleichzeitig herabgesetzt werden müßten. Aber man scheint bei der Regierung die Augen davor verschließen zu wollen, daß der Lohn in Deutschland schon recht reichlich herabgesetzt wurde, daß aber